

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Four more years: Mit diesen Worten wurde der Wahlsieg von Barack Obama in der Nacht zum Mittwoch bekannt gegeben. Die Demokraten können damit auch die nächsten vier Jahre die Politik der USA prägen. Insbesondere für das Sozialsystem der USA ist der Sieg Obamas ein großer Gewinn – denn er war es, der endlich eine Krankenversicherung eingeführt hat.

Wie Politik nicht aussehen sollte, konnten wir dagegen vergangenen Sonntag beim so genannten **Koalitionsausschuss** von Schwarz-Gelb erleben. „Schachern, Schummeln, Schönreden“ – so titelten die Medien, und das trifft es. Es war wie ein Basar für Wahlgeschenke, bei dem jeder etwas mit nach Hause nehmen sollte: Die CSU das Betreuungsgeld, die FDP die Abschaffung der Praxisgebühr, die CDU eine vermeintliche Einigung bei der Rente.

Das **Betreuungsgeld** wurde bereits in dieser Woche im Bundestag verabschiedet. Selten gab es so viel Widerstand bei der Einführung einer neuen Sozialleistung. Und dieser Widerstand existiert zu Recht, denn das Betreuungsgeld sorgt letztlich nur dafür, dass Frauen dem Beruf und Kinder der Bildung fernbleiben. Experten schätzen die Kosten ab 2014 auf 2 Milliarden Euro. Damit könnten wir 166.000 neue Kitaplätze schaffen! Auch Kabinettsmitglieder und Abgeordnete der Regierungsfractionen haben von einer bildungspolitischen Katastrophe gesprochen. Gänzlich bizarr wird es, wenn einige FDP-Leute heute schon ankündigen, das Betreuungsgeld wieder abschaffen zu wollen, wo sie gerade erst zugestimmt haben – auch wenn das relativ knappe Abstimmungsergebnis gezeigt hat, dass sich nicht alle Gegner des Betreuungsgeldes von CDU/CSU und FDP an die Koalitionsabsprachen halten.



Berlin-Brief, Ausgabe 127
9. November 2012

Meine Termine

Festakt zum 100jährigen Bestehen des Chorverbands Heilbronn

10.11.2012, 18 Uhr, Heilbronn, Harmonie

50jähriges Jubiläum Technisches Hilfswerk Weinsberg

11.11.2012, 10 Uhr, Weinsberg, Abtsäckerstraße 48

Jubilarehrung des SPD-Kreisverbandes Heilbronn-Stadt

11.11.2012, 15 Uhr, Heilbronn-Neckargartach, Züchterheim

Bürgersprechstunde

12.11.2012, 14 Uhr, Heilbronn, SPD-Regionalzentrum, Untere Neckarstraße 50

Referat bei der AG 60 Plus der SPD Heilbronn

14.11.2012, 14.30 Uhr, Heilbronn, SPD-Regionalzentrum, Untere Neckarstraße 50

Willy-Brandt-Abend des SPD-Kreisverbandes Heilbronn-Land

16.11.2012, 19 Uhr, Neckarsulm, Genossenschaftsheim, Christian-Rieker-Str. 20

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Die **Abschaffung der Praxisgebühr** ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Gebühr wurde von der Union 2003 im Vermittlungsausschuss erfunden, als die rot-grüne Gesundheitsreform verhandelt wurde. Wir fordern schon seit längerem, dass die Praxisgebühr abgeschafft wird, denn dadurch wurden nicht, wie erhofft, unnötige Arztbesuche verringert. Vielmehr hat die Gebühr für Bürokratie gesorgt und zu einer Mehrbelastung von Kranken geführt, die auf den Arztbesuch angewiesen sind. Die Abschaffung der Praxisgebühr wäre jedoch auch ohne den Kuhhandel mit dem unnützen Betreuungsgeld möglich gewesen. Denn die SPD-Fraktion hatte schon länger einen derartigen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Das dritte ‚Ergebnis‘ des Koalitionsausschusses war die **so genannte Lebensleistungsrente**. Diese soll „knapp oberhalb der Grundsicherung“ liegen, die durchschnittlich 688 Euro beträgt. Das kann jedoch weder die Lebensleistung anerkennen noch Altersarmut vermeiden. Alle weiteren Fragen bleiben unklar: Wird bei den Zugangsvoraussetzungen auf Bedürftigkeit geprüft, werden also andere Einkünfte angerechnet? Sind 40 Versicherungsjahre oder 40 Jahre Beitragszahlungen erforderlich? Wie lange muss man privat vorgesorgt haben? Die entscheidenden Punkte bleiben offen, der Streit geht weiter. Nur eines ist klar: Diese so genannte Lebensleistungsrente ist reine Augenwischerei, aber keinerlei Antwort auf die bestehenden Probleme in der Rente. Denn Altersarmut lässt sich nur bekämpfen, wenn Erwerbsarmut verhindert wird. Wir brauchen einen Mindestlohn, wir brauchen Chancen auf dem Arbeitsmarkt für alle Menschen in unserem Land und wir brauchen Mittel, um auf den drohenden Konjunkturabschwung reagieren zu können. All das ignoriert Merkel. Schwarz-Gelb ist gefangen im eigenen Streit.

Vollends bizarr werden die Beschlüsse des Koalitionsausschusses, wenn man sich klar macht, was all diese Entscheidungen für den **Bundeshaushalt** bedeuten. Finanzminister Schäuble saß gar nicht erst am Tisch, als Merkel die Milliardengeschenke an die Koalitionsparteien verteilt hat. Das Geld, das Schwarz-Gelb ausgibt, soll vom Gesundheitsfonds und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in den Bundeshaushalt geschoben werden, um die Löcher zu stopfen. Eine seriöse und zukunftsorientierte Haushaltspolitik sieht anders aus!

Am Mittwoch wurde über die **Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge** debattiert. Bisher ist es in vielen Bundesländern so, dass sich Flüchtlinge nur wenige Kilometer von ihrer Unterkunft fortbewegen dürfen. In Baden-Württemberg hat die grün-rote Landesregierung die Residenzpflicht abgeschafft, Asylbewerber dürfen sich im Land frei bewegen. Eine Bewegung von Flüchtlingen, die seit einigen Tagen am Brandenburger Tor demonstriert, hat bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Wir Sozialdemokraten fordern im Namen der Menschenrechte die CDU-regierten Länder auf, endlich die Residenzpflicht abzuschaffen!

Mit freundlichen Grüßen

Josip Juratovic